



Detailansicht des Regelungsvorhabens

DAV kritisiert RefE zum GEAS-Anpassungs- u. Anpassungsfolgesgesetz und fordert, Regelungen zu Haft, Bewegungsfreiheit und Rechtsschutz zu verbessern.

Aktuell seit 30.06.2026 16:09:41

Angegeben von:

Deutscher Anwaltverein e.V. (R000952) am 16.07.2025

Beschreibung:

Der Deutsche Anwaltverein kritisiert die Referentenentwürfe zur Umsetzung des GEAS. Er fordert eine klare Gesetzesbegründung und praxisnahe Anwendungshinweise. Die Regelungen zum Rechtsschutz, insbesondere aus der Haft, sind unzureichend. Neue Haftformen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und räumliche Beschränkungen lehnt der DAV ab, insbesondere für Minderjährige. Der DAV fordert gesetzlich geregelte Überwachungsmechanismen, besseren Rechtsschutz im Screening-Verfahren sowie Änderungen bei Paragraph 25 und die Aufhebung von Paragraph 12a AufenthG.

Zu Regelungsentwurf

1. Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des AZRG und weiterer Gesetze in Folge der Anpassung des nationalen Rechts an das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS-Anpassungsfolgesgesetz)

Datum des Referentenentwurfs: 10.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Interessenbereiche (2)

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (2)

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2507110004 (PDF - 26 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]